

gestellt, doch stürzten 700000 Räume ein, die 1945 noch bewohnt waren, während der Geburtenzuwachs jährlich rund 100000 neue Wohnungen fordert.

Ein Volk mit 40 Millionen Einwohnern sollte über eine Wohnungsreserve von etwa 10 Millionen Wohnungen verfügen. Diese Reserve muß erhalten bleiben, wozu eine jährliche Erneuerung von 2 % nötig ist. Ferner entsprechen etwa $\frac{2}{3}$ des Geburtenüberschusses zwanzig Jahre später der neuen Wohnungsnachfrage, was bei einer niedrigen Geburtenzahl, wie sie Frankreich hat, etwa 100000 Wohnungen entspricht. Dazu kommt die genannte Erneuerung des Wohnungsbestandes mit etwa 200000 Wohnungen, so daß also ein jährliches Wohnungsbauminimum von 300000 Wohnungen erforderlich wäre. Damit wäre freilich dem Wohnungsdefizit noch nicht abgeholfen. Tatsächlich wurden jedoch in Frankreich seit dem Kriege im Jahr nicht mehr als 120000 Wohnungen errichtet, 1953 sogar nur 118000. Wollte man den tatsächlichen Bedürfnissen gerecht werden, so müßten jährlich etwa 600000 Wohnungen erstellt werden. Man erwartet, daß jetzt, nachdem der für Frankreich so kostspielige Indochinakrieg zu Ende ist, mehr Geld für den Wohnungsbau frei wird. (*Labor*, Monatsschrift des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften, Dez. 1954; vgl. dazu diese Zeitschrift Bd. 150 [April 1952] S. 56, Bd. 153 [Januar 1954] S. 298.)

Frau und Politik. Über das Thema Frau und Politik bringt die *Revue de l'Institut de Sociologie* (Brüssel 1954) eine aufschlußreiche Untersuchung. Zwar handelt es sich dabei um französische Verhältnisse. Trotzdem dürften manche der Ergebnisse auch für Deutschland gelten. Zunächst wird festgestellt, daß sich die Frau nur wenig für Politik interessiert. 34 % der Frauen sind der Ansicht, Politik sei nichts für Frauen. Deswegen sind die Frauen auch schlechtere Zeitungsleser als die Männer. 34 % (18 % der Männer) lesen überhaupt keine Zeitung. $\frac{3}{5}$ der Zeitungsleserinnen überlassen die Wahl der Zeitung dem Mann oder einem anderen männlichen Familienglied. Aber auch diese Zeitungsleserinnen ziehen die reinen Nachrichten der Politik vor. Auswärtige Politik lesen nur 27 % der Frauen, 61 % der Männer, bei der inneren Politik steht es mit 23 % der Frauen und 60 % der Männer etwas besser für die Frauen. Auch in der Unterhaltung der Frauen spielt die Politik eine verhältnismäßig geringe Rolle. Nur etwa 35 % der Frauen (70 % der Männer) reden mit ihren Bekannten über Politik, mit Unbekannten lassen sich nur 10 % der Frauen, bei den Männern 30 %, in politische Gespräche ein. Dabei ist zu bemerken, daß in kleinen Orten und Kleinstädten das Interesse an der Politik bei den Frauen gegenüber den Bewohnerinnen der Großstädte sichtlich abnimmt. $\frac{1}{3}$ der Frauen ($\frac{1}{7}$ der Männer) wußte über augenblickliche politische Vorgänge überhaupt keinen Bescheid. Dagegen kennen sich die meisten Frauen sehr gut in den Lebensmittelpreisen, in Wohnungsfragen und anderen Fragen des täglichen Lebens aus. Bei Wahlen gibt die Frau ihre Stimme leichter den konservativen und „christlichen“ Parteien. So hatten in den Wahlen nach dem Krieg die Kommunisten rund 60 % männliche und 40 % weibliche Stimmen erhalten; genau umgekehrt verhielt es sich mit dem katholischen MRP, der 40 % männliche und 60 % weibliche Stimmen erhielt. Doch ist es falsch zu behaupten, die Frau ließe sich bei der Wahl vor allem durch religiöse oder berufliche Motive leiten. Es ist vielmehr der Einfluß des Mannes, der die Frau bestimmt, einer Partei ihre Stimme zu geben, und zwar in 80 % der Fälle. Nur wenn die Frau anders wählt als der Mann, ist meistens der religiöse Gesichtspunkt ausschlaggebend. Das Übergewicht der männlichen oder weiblichen Stimmen bei einer Partei erklärt sich fast ausschließlich durch die Stimmen der Unverheirateten.

Die Arbeit der Hausfrau. „Ohne Beruf“ heißt es in den Angaben der Matrikeln, vielleicht noch „Hausfrau“, und wer dies liest, bedenkt meist nicht, wie viel mehr Arbeit schon die einfache Hausfrau zu leisten hat als irgendein Arbeiter. Dies geht

aus Untersuchungen des Institut National d'Etudes Demographiques ganz eindeutig hervor, wobei 1795 Frauen meist aus städtischen Haushaltungen befragt wurden. Danach umfaßt die Arbeitswoche einer ganz gewöhnlichen Hausfrau 56 Stunden, für die Mutter eines Kindes kommen noch 18 zusätzliche Stunden dazu, für die Mutter von zwei oder drei Kindern sogar 22 Stunden. Bei den meisten Frauen waren diese Arbeiten von der Frau allein zu leisten, also ohne jegliche Hilfe. Dabei handelt es sich um Arbeiten, bei denen es auf die mannigfachsten Kunstfertigkeiten ankommt, von denen noch die geringsten das Kochen und Nähen sind. Wieviel pädagogischen Verstand braucht doch eine Mutter, und dies manchmal nicht nur mit ihren Kindern!

Schwierigkeiten in der Sowjetunion. Schon 1953 verzichtete die Sowjetregierung darauf, die Ernteerträge bekanntzugeben. Im August 1953 wandte sich Malenkov gegen die Angabe der sogenannten „biologischen Erträge“, d. h. jener auf Grund biologischer Daten im voraus berechneten Erträge, die nur zu Übertreibungen und ungerechtfertigtem Optimismus führten. Nun hätte die Sowjetregierung zweifellos die tatsächlichen Ergebnisse bekanntgeben können. Sie verzichtete jedoch darauf, wahrscheinlich um nicht eingestehen zu müssen, daß die Ernte nur zu $\frac{3}{4}$ den Erwartungen entsprach. Man begnügte sich mit der Feststellung, daß die Ernte von 1953 in etwa der Ernte von 1952 entsprach.

Ähnlich war es 1954. In seiner Rede vom 6. November 1954 beschränkte sich Saburow auf den einzigen Satz: „Die gesamte Getreideernte wird dieses Jahr etwas höher sein als 1953.“ Er wies dann auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse in der Ukraine und an der Wolga hin. Dagegen betrügen die Ergebnisse in Westsibirien das Doppelte des vergangenen Jahres, im Altai habe man viermal so viel und in der Republik Kasachstan rund 35 % mehr als im vergangenen Jahr geerntet.

Diese Ausführungen sind in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Einmal zeigen sie, daß die Sowjets es noch immer nicht wagen können, die tatsächlichen Erträge anzugeben. Zweitens aber, daß die Ernte kaum wesentlich gesteigert werden konnte gegenüber dem Vorjahr, und dies trotz der ungeheuren Neulandgewinne durch Urbarmachung riesiger Steppen (vgl. diese Zeitschrift Bd. 154 [Juni 1954] S. 218, Bd. 155 [Okt. 1954] S. 63). Durch die neuen Ländereien konnten also nur die durch Trockenheit und Dürre sowie die durch Auswinterung entstandenen Schäden ausgeglichen werden. Ist auch zuzugeben, daß solche unvorhergesehenen Witterungsschäden nicht jedes Jahr eintreten, so kann man doch mit Sicherheit sagen, daß auch in Zukunft Schwierigkeiten nicht ausbleiben werden.

„Reformen“. In den Schachdiagrammen der tschechoslowakischen Zeitungen wird in Zukunft der Läufer nicht mehr durch eine Bischofsmitra dargestellt, sondern, ähnlich wie bei den deutschen Diagrammen, durch einen Mann mit Hut und Feder. Außerdem wird man die Jahre nicht mehr „vor“ oder „nach Christi Geburt“ zählen, sondern „vor“ oder „nach unserer Ära“.

Umschau

Besuch aus Moskau

Auf einer Veranstaltung der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“ erklärte der Präsident der Evangelischen Kirche in Hessen, D. Niemöller,

einige evangelische Kirchenleitungen im Bundesgebiet beabsichtigten, russische Kirchenvertreter zu einem Besuch in der Bundesrepublik einzuladen (Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 288, 11. Dezember 1954). Ein solcher Be-